Freitag, den 7. Februar.

Thorner Zeitung.

№. 32.] Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — Inserate werden täglich bis 4 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf. [1868.

Telegraphische Depeschen der Thorner Zeitung.

Angekommen um 10¾ Uhr Nachmittags.

Petersburg, 6. Februar. Ein offiziöser Artikel des „Petersb. Journ." weist die gegentheiligen Insinuationen der ausländ. Presse zurück, betont den Werth freundschaftl. Beziehungen des Auslands, namentlich Preußens, welche in vielen Krisen, in Glück und Unglück die Feuerprobe überlebt haben; diese Beziehungen eines guten Einvernehmens zwischen zwei großen Ländern seien das beste Pfand für den Frieden von Europa.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 5. Feb. In der heute abgehaltenen Generalversammlung der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft wurde der Antrag des Verwaltungsrathes bezüglich des Baues der Linie Posen-Thorn mit einer Zweigbahn nach Bromberg einstimmig angenommen. Ob als Knotenpunkt Inowraclaw oder Pakosc zu nehmen, solle der Entscheidung der Regierung überlassen bleiben. Die Versammlung bewilligte ferner 5000 Thlr. für die Nothleidenden in Ostpreußen.

Hannover, 5. Feb. Von der Ernennung eines Militär-Gouverneurs für die Prov. Hannover und Hessen-Nassau, welche als angeblich bevorstehend angekündigt wird, ist hier Nichts bekannt.

Dresden, 5. Feb. Das Rekrutirungswesen soll demnächst von Bundeswegen durch eine umfassende Ausführungsverordnung zu dem Bundesgesetze vom 9. Nov. v. J. betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste nach einheitlichen Grundsätzen für das gesammte Bundesgebiet geregelt werden.

München, 5. Febr. Die Königin-Mutter ist an Rheumatismus erkrankt, das Fieber hat heute etwas zugenommen; die Gelenkaffection hat größere Ausbreitung gewonnen; die letzte Nacht war größtentheils schlaflos.

Stuttgart, 5. Februar. Die Abgeordnetenkammer genehmigte heute das Gesetz betr. die neuen Eisenbahnanlagen. Das dazu erforderliche Baukapital im Betrage von 36 Millionen soll im Anleihewege aufgebracht werden.

Florenz, 5. Febr. Aus Civitavecchia wird die Ankunft von 3 franz. Dampfern gemeldet, um die zur Rückkehr bestimmte Kavallerie und Artillerie aufzunehmen. Die zurückbleibenden Truppen werden die Stärke einer Division nicht übersteigen.

Bern, 5. Febr. Der preuß. Gesandte, Gen. v. Röder, wird morgen behufs Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben als Gesandter des norddeutschen Bundes von dem Bundespräsidenten empfangen werden.

Preußischer Landtag.

Berlin, den 3. Februar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sprachen in der Spezialdiskussion über § 1 des Gesetzes betreffend die Aufstellung im höheren Justizdienst, die Abgg. Waldeck, Lasker und von Guerard für die Vorlage, der Abg. Pelzer-Düsseldorf gegen das ganze Gesetz, der Abg. Reichensperger für die von ihm beantragte Ausschließung des Gesetzes von dem Bezirk des Appellationsgerichtshofes Köln. Der Justizminister bekämpfte wiederholt den Zusatz der Kommission, nach welchem § 1 des Gesetzes auf Fälle der Versetzung im Wege der Disziplinarstrafe keine Anwendung finden solle. Bei der Abstimmung wird das Amendement Reichensperger abgelehnt, der § 1 der Vorlage in der Fassung der Kommission nebst dem Zusatz angenommen. Zu § 2 wird das Amendement, welches „Advokaten" nicht zur Berufung in die Appellationsgerichte zulassen will abgelehnt. Zu § 5 wird ein Amendement des Abg. Windhorst, welches in Betreff der Ernennung zu höheren Richterstellen die Professoren aller „deutschen" Universitäten mit den inländischen gleichstellen will, abgelehnt. § 5 wird angenommen, ebenso § 6, und in der so amendirten Fassung das ganze Gesetz. Der Finanzminister überreichte alsdann einen Entwurf, betreffend die Verwaltung der auf Grund der Verordnung vom 17. September 1867 bestehenden Beamten-Wittwen- und Waisenkassen und die Verwendung ihres Vermögens in den neuen Landestheilen. Derselbe wird der Finanzkommission überwisen. Ueber den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, das Gesetz, betreffend die Todeserklärung von Personen, welche an den Kriegen der Jahre 1864 u. 1866 Theil genommen haben, findet nur eine kurze Spezialdebatte statt; das Gesetz wird in der Fassung des Herrenhauses angenommen. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung Gesetz über den hannoverschen Provinzialfonds.

— Den 4. Februar. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute mit dem Provinzialfonds für Hannover, den die Budget-Kommission im Sinne der Regierungsvorlage als selbstständig durch den Provinzialverband zu verwaltendes Vermögen mit 500,000 Thaler Jahreszinsen gewähren will, während v. Kardorff nur diese Rente im Ordinarium des Etats, von Diest nur dieselbe Summe als einmalige und außerordentliche Ausgabe bis zur Herstellung gleichartiger dauernder Einrichtungen für alle Provinzen, v. Brauchitsch 100,000 Thlr. dauernd, 400,000 Thlr. für 10 Jahre aus den Staatseinnahmen überweisen will. Außerdem brachte v. Bonin (Genthin) heute einen ganz neuen Gesetzentwurf ein. Es meldeten sich nicht weniger als 62 Redner zum Worte. Ref. Abg. Kanngießer empfahl aus rechtlichen und politischen Gründen den Kommissionsantrag, eventuell das Amendement v. Kardorff. Abg. v. Vincke (Minden) widersprach seinen Ausführungen in überaus nachdrücklicher Weise, indem er die Vorstellung, daß der hannöversche Domanialfond etwas anderes sei, als ein Theil des gemeinsamen preußischen Staatsvermögens, daß er die Verwendung für besondere provinzielle Zwecke zu tragen habe, nach allen Richtungen hin bestritt. Der Provinzialfonds schaffe einen Staat im Staate und sei ein verhängnißvoller politischer Fehler, gekennzeichnet durch die Bevorzugung des Stiefkindes. Der Fehler habe schon damit angefangen, daß man Ostfriesland und Osnabrück nicht mit der Provinz Westfalen vereinigte. Gegen den Provinzialfonds für Hannover protestire das „Suma cuique!", das unter dem Beifall von Millionen auch die Brust des Ministerpräsidenten ziere. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Lasker peehorreszirte die Methode des Vorredners mit Hannover abzurechnen, da es sehr schwer sei, die richtigen Ziffern festzustellen und das wahre Verständniß derselben zu verbreiten. Diese Darstellung des Vorredners könne die Gefühle der hannoverschen Abgeordneten nur verletzen.

Berlin, 4. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, in der Debatte über den hannöverschen Provinzialfonds ergriffen nach dem Abgeordneten Lasker noch die Abgeordneten Reichensperger (gegen), Miquel (für die Vorlage) das Wort; Abgeordneter Stavenhagen empfahl die Annahme des v. Kardorff'schen Amendements (nur Rente, kein Kapitalfonds). Der Ministerpräsident Graf Bismarck empfahl die Annahme der Vorlage aus politischen Gründen. Die Regierung habe der Provinz Hannover den Uebergang aus den alten gewohnten Zuständen in ihre neue Stellung erleichtern wollen, und sei in dieser Absicht durch den Wunsch ihrer Freunde, „welche ihre welfischen Schiffe hinter sich verbrannt hätten", bestärkt worden. Außerdem wünsche er persönlich mit der Vorlage eine größere Decentralisation, als sie bisher im Budget besteht, anzubahnen und auch in den übrigen Provinzen zur Selbstverwaltung überzugehen. Der Ministerpräsident erinnerte darauf an den in den östlichen Provinzen lange gehegten Glauben, daß Westphalen und die Rheinprovinz die verzogenen Schoßkinder der Regierung seien; in den Rheinlanden habe in den 30er Jahren durchschnittlich kein größeres Wohlwollen für uns geherrscht als gegenwärtig in Hannover; seitdem seien die Rheinländer durch fortgesetzte gute Behandlung aber gute Preußen geworden. Er wiederholte darauf die in der Kommission ertheilte Zusage, daß es die vom Könige gebilligte Absicht sämmtlicher Staatsminister sei, im nächsten Budget auf diesem Wege weiterzugehen und Vorlagen zu machen, welche jeder Provinz einen Theil des Budgets zur Selbstverwaltung überweisen. Scheitere der mit dem hannöverschen Provinzialfonds gemachte Versuch, so würde die Regierung dadurch in hohem Grade entmuthigt werden und nicht wissen, ob sie auf diesem Wege werde fortschreiten können. Nach einem Appell an die Unterstützung jener Fraktion, deren Basis der Ausdruck des Vertrauens zur Regierung war, schloß der Ministerpräsident mit der Erklärung, daß die Regierung trotz aller Verstimmung über die oppositionelle Haltung der hannöverschen Abgeordneten „im Interesse der gesammten preußischen Politik" an der Vorlage festhalte. — Die Debatte wurde darauf vertagt.

Bei der Fortsetzung der Berathung über den hannöverschen Provinzialfonds sprach zunächst Regierungs-Kommissar Küster über die auf dem Domanialfonds ruhenden Anstalten der Provinz (Irren-, Blinden- u.a. Anstalten) als Staatseinrichtungen. Abg. v. Kardorff vertrat mit vielem Eifer sein Amendement, statt des Kapitals die Rente zu gewähren. „Suum cuique": d. h. dem Staate das Kapital, der Provinz die Rente. — Gr. Bismarck kam auf den angeblichen

Widerspruch zurück, in dem er sich zum Minister des Innern in der Frage der Decentralisation befinden soll. Dieser Widerspruch existire nicht, da das Staatsministerium in der Hauptfrage durchaus einig sei. Vielleicht denke der Minister des Innern in Bezug auf die unbesoldeten Ehrenämter skeptischer als er (der Min.), doch das seien Fragen der Erfahrung und vielleicht würde es besser sein, statt jener Ehrenämter den unabhängigen provinziellen Körperschaften sachkundige, von ihnen gewählte Beamte beizugeben. Was aber unmöglich fortdauern dürfe, daß sei der jetzige Zustand, wo über jeden Zaun, jede Brückenbohle durch fünf Instanzen bis nach Berlin gegangen wird, und schließlich die Bezirksgensdarmen und die Geheimen Räthe, diese beiden äußersten Pole, die Kraft der Entscheidung besitzen. Um darin Remedur zu schaffen und wirklich zu decentralisiren, wird das Staatsministerium keinem Wunsche, keiner Belehrung des Hauses unzugänglich sein. (Beifall.) — Darauf machte Abg. Oppermann mit derbem Humor unter großer Heiterkeit des Hauses die Ansprüche Hannovers auf seinen Fonds geltend. Alsdann entwickelte Abg. Waldeck seine Rechtsanschauung, welche ein Recht selbständiger Verwaltung für eine einzelne Provinz nicht zuläßt und von einem Decentralisationsplan in erster Reihe verlangt, daß er für alle Theile gilt und als ein Ganzes vorgelegt wird. — Graf Bismarck erklärte sich mit dem Decentralisationsplan des Vorredners ausnahmsweise einverstanden und stellte die Vorlage als einen Theil und ersten Anfang der Ausführung des Planes dar.

Parlamentarische Nachrichten.

— Der vom Abg. v. Hoverbeck eingebrachte Antrag, betreffend den Steuererlaß in Ostpreußen, hat nur die bedingte und theilweise Zustimmung der Staatsregierung gefunden, insofern sie dem Steuererlaß nicht den allgemeinen Charakter geben will, den der Antrag verlangt; dagegen glaubt sie durch Entscheidung über das Bedürfniß in jedem einzelnen Fall dem Zweck des Antrages genügen zu können, ohne ihr Prüfungsrecht durch einfache Annahme des Antrages aufzugeben. Dem Vernehmen nach findet deshalb eine Verständigung zwischen dem Antragsteller und der Staatsregierung über eine Erklärung im obigen Sinne statt, welche die letztere im Hause der Abgeordneten abgeben will. — Gestern traten Abgg. aus der Prov. Preußen zusammen und hörten die Vorschläge der von denselben ernannten Commission. Es wurde beschlossen, eine Deputation von sechs Mitgliedern mit dem Präsidenten v. Forckenbeck zu den Ministern des Innern, der ausw. Angelegenheiten und der Finanzen zu entsenden und diesen vorzuschlagen, einen Credit von 5 Mill., selbst auf dem Wege der Anleihe, zu fordern, um davon Saatgetreide anzukaufen, 1 Mill. Thlr. darauf zu verwenden, überall helfend beizuspringen, nicht bloß in der Provinz Preußen, sondern überall da, wo der Nothstand und gleichzeitig die Leistungsunfähigkeit der schon erschöpften Kreise nachgewiesen ist, hierüber und über die Vertheilung des Staatgetreides eine provinzialständische Commission befinden zulassen, endlich aber den Antrag Kosch auf Erweiterung der Darlehnskassen, um auch an Handwerker ꝛc. Darlehn geben zu können, wärmstens zu befürworten. — In der konservativen Fraktion hat, wie die „N. Pr. Ztg." mittheilt, sich vorgestern die Majorität für das Dietsche Amendement zu dem Gesetz über den Provinzialfonds entschieden, welches vorerst nur im Budget für 1868 den Betrag von 500,000 Thlr. als einmalige und außerordentliche Ausgabe bewilligen will. Außerdem liegt der Kommissionsantrag, welcher dem Gesetzentwurf zustimmt, und das bekannte Amendement der Freikonservativen vor.

Politische Uebersicht.

Norddeutscher Bund.

— Die Konferenzen der Schulmänner des norddeutschen Bundes, die seit Eröffnung derselben hier stattgefunden haben, sind am 1. d. Mts. geschlossen. Der Kultusminister erschien in der Schlußsitzung. Es ist, wie offiziös berichtet wird, die Wiederholung solcher Konferenzen zur Besprechung von Schul-Angelegenheiten nach Maßgabe der Bedürfnisse und Interessen des norddeutschen Bundes in Aussicht genommen.

— In den nächsten Tagen wird der belgische General-Post-Direktor zu Verhandlungen hier erwartet. Derselbe wird von den Direktoren für das Post- und Eisenbahnwesen Belgiens begleitet sein. Es handelt sich um eine Revision der bestehenden Bestimmungen über den Fahr- und Briefpostverkehr zwischen dem norddeutschen Bunde und Belgien.

— Der Kriegsminister v. Roon hat das ihm überwiesene Dotationscapital von 300,000 Thlr. zu einer Familienstiftung unter dem Namen „v. Roon'sche Familienstiftung gewidmet, welche, nachdem sie von dem K. Stadtgericht hierselbst, als Stiftungsbehörde, bestätigt worden, auch die Sanction des Königs erhalten hat. — Der Herzog von Nassau hat die Gehälter seiner Beamten erhöht. — Unsere Mittel erlauben ihm das.

Dresden, 1. Febr. Ein bei der zweiten Kammer eingebrachter Gesetzentwurf spricht sich für die Aufhebung der Todesstrafe und der Prügelstrafe aus. Eine andere Vorlage bezweckt, die politischen Vergehen auch auf Gewaltangriffe gegen die Selbstständigkeit und die Verfassung des Norddeutschen Bundes auszudehnen.

Posen, 1. Fbr. Erzbischof Graf Ledochowski hat kürzlich angeordnet, daß die Geistlichen sich bei Austheilung des heil. Abendmahls der lateinischen Sprache bedienen sollen. Hiergegen sind, wie der „Dz. pozn." meldet, Geistliche des Schrodaer Dekanats vorstellig geworden.

Itzehoe, 31. Jan. In der heutigen Sitzung des Schwurgerichts legte der des achtfachen Mordes sowie der Brandstiftung angeklagte Timm Thode ein unumwundenes Geständniß ab, und fand deshalb die Urtheilsfällung mit Ausschluß der Geschwornen statt. Das Gericht verurtheilte den Angeklagten zum Tode.

Hannover, 2. Fbr. Fast gleichzeitig mit dem Abzuge der hannoverschen Legion von der Schweiz nach Straßburg hat hier das heimliche Entwischen junger militairpflichtiger Leute in auffallender Weise zugenommen, so daß ein Connex zwischen fernen und diesen Thatsachen schwerlich zu verkennen ist. Aus der Stadt Hannover sind in den letzten Tagen ein Schreiber, mehrere Kaufmanns- und Handwerkslehrlinge, Knechte ꝛc. verschwunden, in den Nachbarämtern soll ein erheblicher Theil der Militairpflichtigen aus den Geburtsjahren 1843—45 fehlen. Von den Reservisten, welche gestern hier zu vierwöchentlichen Uebungen bei dem 16. und 53. Regiment eintreten sollten, ist eine nicht unerhebliche Zahl gar nicht angekommen. Auch Reservisten, welche schon das Exerzitium im preußischen Reglement durchgemacht, verlassen bei Nacht ihre Familien und suchen nach Hietzing oder Straßburg zu gelangen. — An welfischen und französischen Emissären soll es in letzter Zeit in unserer Provinz nicht gefehlt haben; bei Gelegenheit der letzten hiesigen Ledermesse sollen Personen im Kostüm von Lederhändlern gesehen sein, die vor der Okkupation nur in Offiziers-Uniform erschienen. Die Sicherheitsbehörden entfalten unter diesen Umständen eine große Thätigkeit, doch wird es ihnen bei den hiesigen Verhältnissen schwer fallen, den Hauptagitatoren auf die Spur zu kommen.

— Die flüchtigen Hannoveraner, welche aus der Schweiz nach Frankreich geführt sind, sollen, wie der „H. M. Z." aus Berlin geschrieben wird, zur päpstlichen Fremden-Legion angeworben werden. — Den diesseitigen Auswanderungs-Unteragenten ist die Erlaubniß zur Fortführung ihres Geschäftes unter der Bedingung ertheilt worden, daß sie keine Verträge nach Brasilien abschließen. — Die Revolverkanone, die als Kugelspritze im vorigen Jahre zu so argem Lärm verführte, ist in einem sehr niedlichen Exemplare von Frankreich her als Gabe für den Nothstandsbazar im Schlosse zu Berlin eingeliefert und in Ruhestand gebracht worden — ein Einfall von der feinsten Bosheit.

Oesterreich.

— Der in Linz verstorbene Schulrath und Schriftsteller Adalbert Stifter war 1806 zu Ober-Plan in Böhmen geboren; der Sohn eines Leinwebers, brachte er seine Jugend mit Viehhüten zu. Durch Verwendung eines hohen Gönners kam er auf die Benedictinerschule zu Kremsmünster; 1826 bezog er die Wiener Universität; nach vollendeten Studien ward er Lehrer des Fürsten Metternich, des jetzigen Botschafters von Paris. Seit 1848 wohnte Stifter in Linz. Die letzten Jahre seines Lebens band ihn ein chronisches Uebel meist an Zimmer und Bett. Als Schriftsteller trat er zuerst 1840 auf. Seine Werke: Studien, Bunte Steine, Nachsommer und Wittiko, sichern dem Dichter, der wie keiner die kindliche naive Seite des Menschenherzens zu erfassen gewußt, eine bleibende Stelle in unserer Litteratur.

Frankreich.

Paris. Der Kaiser, schreibt man der „K. Z." ist äußerst gereizt. Ueber seine eigentlichen Ideen und Projecte läuft jedoch sehr wenig um, und man weiß nur, daß er die Vorbereitungen des Kriegsministers aufs eifrigste unterstützt, während er auch zu gleicher Zeit Befehl ertheilt, bei jeder Gelegenheit zu sagen, daß er den Frieden aufrecht zu erhalten wünscht. So bringt denn auch der Abend-Moniteur wieder ein sehr friedliches „En tête" an der Spitze seiner Wochen-Rundschau, was aber den Kaiser nicht verhinderte, den Baron Brenier, den Bank-Gouverneur Rouland und den Vice-Admiral Bouet-Willaumez wegen ihrer patriotischen (d. h. kriegerischen) Reden im Senate beglückwünschen zu lassen und sich äußerst heftig gegen Michel Chevalier auszulassen, der ihm übrigens schon wegen seiner Angriffe gegen Herrn Haußmann ein Dorn im Auge ist. — Die Gerüchte von republikanischen Wühlereien in Paris, schreibt man der „Augsb. Allg. Ztg." werden mit Unrecht von der deutschen Journalistik auf die leichte Achsel genommen, denn es mag zwar immerhin richtig sein, und kann von hier aus nicht bestritten werden, daß die zu Ende vergangener Woche in Paris im Umlauf gewesenen geheimen Flugschriften nichts Anderes waren, als das Produkt thatendurstiger Agenten der geheimen Polizei, aber nach sehr verläßlichen Mittheilungen aus der französischen Hauptstadt gewinnen die Gegner des Kaiserreichs bei den Massen immer mehr Boden, und eine gewaltsame Erhebung im Verlauf der Sommermonate wird von wohlunterrichteten Personen ganz und gar nicht für unmöglich gehalten. Der Ausgang eines derartigen Versuchs ist allerdings noch sehr fraglich; aber es ist bezeichnend, daß hier und in andern Hauptstädten bereits die Frage in Erwägung gezogen wurde: welche Haltung Angesichts eines Systemwechsels jenseits des Rheines anzunehmen wäre. Erwünscht würde eine derartige Eventualität, für jetzt wenigstens, hier Niemandem kommen, und wenn ich in meinem letzten Schreiben gemeldet habe, daß Preußens Politik zunächst wesentlich durch Rücksichten auf conservative Principien bestimmt sein dürfte, so sollte darunter auch gemeint sein, daß die preußischen Staatsmänner auch außerhalb der deutschen Grenzen den revolutionären Elementen Hemmnisse entgegenzusetzen und die Stellung der bestehenden Autoritäten zu erleichtern bestrebt sind. Diese auf Aufrechterhaltung des status quo zielenden Intentionen sind indessen durch die Ankündigung der neuen französischen Anleihe einigermaßen beirrt worden, da trotz der detaillirten Ausführungen des Hrn. Magne der Fall nicht unmöglich scheint, daß die französische Regierung nur deshalb bedeutende Baarmittel ansammelt, um in dem Augenblick, in welchem die Gährung von unten auf zu bedrohlich würde, durch Entfesselung des Chauvinismus sich einen, wenn auch nicht freiwillig gewählten, Ausweg zu schaffen. Jedenfalls wird die seit dem Sylvestertag so zärtliche Sprache der officiösen Pariser und Berliner Organe demnächst einem etwas kühleren Tone Platz machen, wovon Sie bald Gelegenheit haben werden, sich zu überzeugen. — Der Componist Offenbach hat von seinen Opern an Tantième eine jährliche Einnahme von etwa 40,000 Thlrn.; dennoch wurde in Paris Beschlag auf seine Tantième für seine Oper „Robinson Crusoe" gelegt wegen Schulden!

Niederlande, Belgien, Luxemburg.

Luxemburg. Vor einigen Tagen wurde Luxemburg in nicht geringe Aufregung versetzt durch das plötzliche Aufflattern einer französischen Flagge an einer hervorragenden Stelle der Stadt. Die Einwohner erschreckt, daß sie über Nacht heimlich an Frankreich verkauft worden, liefen in großer Bestürzung zusammen; es stellte sich aber heraus, daß irgend ein Schalk sich mit den guten Luxemburgern einen Scherz erlaubt hatte. Der „Morning Advertiser", welcher ohnehin dem Kaiser Napoleon nicht hold ist und ihm allerlei finstere Pläne unterschiebt, bemerkt dazu: „Es sollte uns gar nicht wundern, wenn in den kommenden Monaten ähnliche Streiche sich öfter wiederholten, um Aufregung hervorzurufen und das Volk an den Gedanken der Transferirung Luxemburgs an Frankreich zu gewöhnen. Als Savoyen und Nizza an Nopoleon ausgeliefert werden sollten, wurden von Agenten unter dem Befehle Pietris, des bekannten Chefs der bonapartistischen Polizei, dieselben halb-kindischen Spiele getrieben. Eine Zeit lang lachte man verächtlich über die närrischen Einfälle, bis man an einem schönen Morgen die Entdeckung machte, daß ein tieferer Sinn diesen Scheincomödien zum Grunde lag."

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze. Wir durchleben auch hier — schreibt man der „Kreuzztg." — einen wenig erfreulichen Winter. Das Beste ist, daß wir Schnee und Frost haben. Unsere Hauptfrucht, der Weizen, hat eine Ernte weit unter mittelmäßig ergeben und die Aussaat ist kaum davon zu bestreiten. Dabei wachsende Steuern. Auf einer Fahrt nach Lodz sah ich neulich schon Vieh und Schafe auf der Weide, was einen traurigen Anblick gewährte. Man hat eben nichts mehr, um sie im Stall zu füttern. An der andern Seite der Weichsel, nach Nordosten zu, soll es freilich noch schlimmer sein. Wir interessiren uns hier sehr für eine zu bauende Bahn Posen-Kutno, doch zweifle ich, daß sie gelingt, da die Regierung keine Zinsgarantie leisten will. Auch Lyk-Bialystok scheint zweifelhaft, da zu viele Stimmen in Rußland selbst dagegen sind.

Provinzielles.

Geistiger Nothstand. Man schreibt der Volks-Zeitung aus Ostpreußen: Die in Ihrer Zeitung mitgetheilten „Zeichen geistigen Nothstandes haben in gewissen Kreisen ein recht reges Interesse gefunden, so daß ich wohl annehmen darf, folgende Lehrprobe eines höher gestellten Geistlichen werde den Freunden der Wissenschaft nicht ganz geichgültig sein. — In der Kirche zu W. hielt der genannte Herr seine jährliche Revision ab. Unter Anderm fragte er die Schüler: „Was heißt das, Gott ist ein eifriger Gott?" Da keine Antwore erfolgte, entspann sich folgende Unterredung: Revis.: Kinder, habt ihr schon einmal Feuer gesehen? Kinder: Ja! Revs.: Wo? Die Kinder bezeichnen die Orte. Revis.: Wie brennt denn das Feuer? Kinder: Hell, roth, groß, klein, langsam, schnell 2c. (krine Antwort befriedigt). Revis.: Was sagen die Leute wie brennt das Feuer? — Die Kinder sehen sich betroffen an und schweigen, nur ein kleiner verschmitzter Bauernjunge zuckt mit der Hand. Der Revisor bemerkt's und ermutbigt ihn: Du, mein Sohn, wirst mir's wohl sagen? Knabe (schelmisch lächelnd): Wie 'ne wilde Katz'. [So bezeichnet hier der Volksmund das schnelle Umsichgreifen der Flamme beim Brande trockener Strohdächter.] Revis.: Richtig! So ist Gott!

Aus **Schirwindt**, wo große Noth herrscht, berichtet die „K. H. Z.": In verflossener Woche erwürgte eine Instfrau auf einem benachbarten Gute ihr $3\frac{1}{2}$ Jahr altes Töchterchen und gab als Motiv dieser ruchlosen That an, daß sie das Kind zu sehr liebte, um es der Qual eines langsamen Hungertodes preis zu geben.

Lokales.

— **Ordentliche Stadtverordneten-Sitzung** am 5. d. M. — Herr Kroll, Vorsitzender; — im Ganzen 24 Mitglieder anwesend. — Vom Magistrat Herr Stadtrath Hoppe.

Der Magistrat stellt den Antrag, daß die Vers. zu den Kosten der Festfeier des dreihundertjährigen Jubiläums des hiesigen Gymnasiums einen Beitrag von 300 Thlr. bewillige. Von der Summe sollen 100 Thlr. zur Ausschmückung und Beleuchtung 2c. des Rathhaussaales und der anstoßeuden Locale, wo das Fest-Diner am Sonntag, den 8. März, statthaben wird, 100 Thlr. zur Uebertragung der Ehrengäste bei dem Diner und 100 Thlr. zu Festlichkeiten für die gegenwärtigen Schüler verwendet werden. Nach eingehender Debatte gewann die Vers. die Ueberzeugung, daß der Beitrag, wenn die Festfeier eine würdige werden solle, zu gering sei, und bewilligte daher aus Communalfonds einen Beitrag bis zur Höhe von 500 Thlr. Die Verwendung dieser Summe wird einem Comité anvertraut, welchem 3 Mitglieder des Magistrats und 3 der Stadtverordnetenversammlung (die Herren Schirmer, Mallon, Dr. Meyer) angehören. Dies Comité soll auch in Verbindung mit dem Fest-Comité des Gymnasial-Lehrer-Collegiums in Verbindung treten. — Dem Herrn Janotte wird für die Beaufsichtigung der städtischen Marktbuden i. J. 1867 eine Gratification von 2 Thlr. bewilligt. Die Marktbuden haben im v. J. eine Einnahme von 90 Thlr. gewährt und eine Ausgabe von 25 Thlr. 8 Sgr. verursacht, mithin betrug die Nettoeinnahme 64 Thlr. 22 Sgr. — Dem Hilfsförster Herrn Hartwig wird nach dem Antrage der Forst-Deputation aus den Ueberschüssen der Forstverwaltung eine Gratification von 15 Thlr. pro 1867 gewährt. — Der Magistrat zeigt der Vers. an, daß der Ausbau des Hinterhauses des Artushofes, Altstadt Nr. 181, in diesem Jahre ausgeführt werden soll. Die Vers. hat zu diesem Ausbau schon früher ihre Zustimmung ertheilt, sowie auch genehmigt, daß dem Artusstift, welchem besagtes Gebäude gehört, die erforderlichen Baugelder aus der städt. Feuer-Societät geliehen werden sollen. Die Vers. nimmt von der Anzeige des Magistrats Notiz, ersucht aber denselben, daß der beregte Ausbau in Anbetracht der zeitigen finanziellen Lage der Commune im Allgemeinen, wie speciell mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Weichselbrücke, deren Beschädigung, und zwar starke Beschädigung, durch den Eisgang mit Sicherheit zu besorgen ist, bis auf Weiteres vertagt werde. Bei Gelegenheit dieser Debatte wurde auch an die Thatsache erinnert, daß der Magistrat auf Veranlassung seitens des Finanz-Fiskus mit diesem wegen Ankaufs des dem K. Haupt-Zollamte zugehörigen Hinterhauses, welches bekanntlich wegen Baufälligkeit vor einigen Jahren abgetragen werden mußte, verhandelt habe. Das Kaufgeschäft zerschlug sich, wie der Herr Magistratsvertreter mittheilte, daran, daß der Fiskus Bedingungen stellte, welche der Magistrat für nicht annehm bar erachtete. Die Vers. ersucht den Magistrat, ihr die in dieser Angelegenheit mit dem Fiskus gepflogenen Verhandlungen zur Kenntnißnahme zuzusenden. — Als Pacht für die Ufergelderhebung i. J. 1868 hat Herr Abrah. Elkan als Meistbietender 2225 Thlr. (42 Thlr. weniger als 1867) geboten und wird ihm der Zuschlag ertheilt. — Für die städtische Fischerei bei Schmolln v. 1. April 1868 bis dahin 1869 hat Herr Pozneiski nebst 2 Genossen ebensoviel wie im v. J., nemlich 3 Thlr. geboten. Der Zuschlag wird ertheilt. — Die Bedingungen zur Verpachtung des städt. Holzplatzes vor dem Jakobs-Thor vom 1. April 1868--1871. werden genehmigt. — In geheimer Sitzung wurden zwei Darlehnsgesuche, sowie zwei persönliche Gesuche erledigt.

— **Für Ostpreußen.** Von dem Provzinral-Comité für den Nothstand in Ostpreußen geht der „Danz. Ztg." folgende Zuschrift zu: „Nachdem wir von einem Erlaß des Herrn Ministers des Innern an die Oberpräsidenten Kenntniß erhalten haben, nach welchem die Letzteren ersucht werden, dahin zu wirken, daß die eingehenden, zur Linderung der Noth Ostpreußens bestimmten Gelder, sofern sie nicht für die in Berlin bestehenden Central-Comité's bestimmt sind, in die Hand des Hrn. Oberpräsidenten Eichmann gelangen, fühlen wir uns zu folgender Erklärung veranlaßt:

Der Herr Ober-Präsident Eichmann ist nicht Mitglied unseres Comité's, wie überhaupt dasselbe in keinerlei Beziehung zu den Behörden steht. Unserer Meinung nach sollte die K. Staatsregierung ihre Behörden benutzen, wo sie aus ihren eigenen Mitteln Unterstützungen bewilligt, auf die Privatwohlthätigkeit aber nur insofern einwirken, als sie derselben alle Hindernisse aus dem Wege räumt und sie durch Gewährung von Portofreiheit und Frachterlaß auf den Staats-Eisenbahnen fördert. Die Privatwohlthätigkeit, der es fast allein zu danken ist, daß in unserer Provinz nicht bereits Tausende dem Hunger und Elend erlegen sind, vermag nur dann ihr hohes Ziel zu erreichen, wenn sie sich ihrer eigenen, aus freier Vereinsthätigkeit hervorgegangenen Organe bedient. So erwarten wir denn auch zuversichtlich, daß die geehrten Hilfs-Comité's und Zeitungs-Redactionen in Deutschland, die uns bisher so bereitwillig durch reiche Gaben unterstützt haben, uns auch ferner ihr Vertrauen schenken und uns hierdurch in den Stand setzen werden, das von uns unter so erfreulichen Anspicien begonnene Liebeswerk mit Erfolg fortsetzen zu können. Wir stehen jetzt mit der ganzen Provinz in Verbindung, schreiten überall schnell, wo es die Noth gebietet, helfend ein und suchen uns der größten Unparteilichkeit zu befleißigen, wie das auch bereits von den Berichterstattern auswärtiger Hilfs-Comité's anerkannt ist." — Vorsitzender des Provinz.-Comité's ist Commerzienrath Stephan in Königsberg und Schatzmeister Herr F. Wien (in Firma Ernst Castell) ebendaselbst.

Hoffentlich wird diese Aufforderung des Provinz.-Comité's allgemeine Beachtung finden. Es ist in der That ein sehr eigenthümliches Vorhaben des Herrn Ministers, die durch Privatsammlungen aufgebrachten Beiträge in der Hand des Oberpräsidenten concentriren zu wollen, während ein Privat-Comitée existirt, das sich bereits bewährt hat. Es scheint, als wenn der Herr Minister wirklich der Meinung ist, das Verhalten der Staatsbehörden in der Nothstandsfrage sei ein solches gewesen, daß die Bürger keinen sehulicheren Wunsch haben könnten, als denselben die Verwendung der Beiträge zu übertragen. Im Lande denkt man anders darüber. Man hält die Privat-Comité's für besser qualificirt für diesen Zweck und wird daher diesen und nicht den Staatsorganen die Privatbeitrgäe überweisen.

— **Ostbahn.** Laut Bekanntmachung der Königl. Direction der Ostbahn werden fortan lebende und frische Fische bedingungslos sowohl mit den Personen- als Eilzügen zum einfachen, jedoch bei der Aufgabe zu entrichtenden Normalfrachtsätze befördert. Ferner findet versuchsweise fortan der Transport von frischen Fischen in Körben oder Kisten von höchstens 50 Pfund Gewicht gegen Zahlung der Eilgutfracht mit den Courierzügen von und nach allen Stationen der Ostbahn, auf welchen die Courierzüge fahrplanmäßig anhalten, insoweit statt, als der Raum im Packwagen solchen zuläßt oder derselbe ohne Ueberlastung und Verspätung des betreffenden Zuges sonst ausführbar ist.

—† **Musikalisches.** Am Mittwoch, den 5. d., gab die hiesige Regiments-Capelle im Artushofsaale ein Concert zum Besten der Nothleidenden in Ostpreußen, welches sehr besucht war.

Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt der Director des Danziger Stadttheaters mit seiner Opern-Gesellschaft hierher zu kommen und von Ende Mai bis Ende Juni zu verweilen.

—pp. **Theater.** Am Sonntag, den 9. d., kommt hier die neuste Posse mit Gesang „So muß es kommen" von W. Mannstädt zur Aufführung. Dieselbe hat in Berlin unendlich gefallen, das beweisen schon die vielen Wiederholungen, die sie dort erlebte. Wir glauben, daß dieses Stück auch hier auf die Lachmuskeln der Theaterbesucher seine gute Wirkung ausüben wird und wünschen nur, das Publicum möge durch regen Besuch die Bestrebungen der Direction, uns stets Neues vorzuführen, anerkennen.

Telegraphischer Börsen-Bericht.

Berlin, den 6. Februar cr.

Fonds:	schwach.
Russ. Banknoten	$85\frac{1}{8}$
Warschau 8 Tage	$84\frac{1}{2}$
Poln. Pfandbriefe 4%	$58\frac{1}{8}$
Westpreuß. do. 4%	$82\frac{5}{8}$
Posener do. neue 4%	$84\frac{7}{8}$
Amerikaner	$76\frac{1}{4}$
Oesterr. Banknoten	$85\frac{7}{8}$
Italiener	$43\frac{7}{8}$
Weizen:	
Februar	$90\frac{1}{2}$
Roggen:	fest.
loco	$77\frac{1}{2}$
Februar	$77\frac{1}{8}$
Februar-März	$77\frac{1}{8}$
Frühjahr	78
Rüböl:	
loco	$9\frac{5}{6}$
Frühjahr	$10\frac{1}{8}$
Spiritus:	fest.
loco	$19\frac{1}{2}$
Februar-März	$19\frac{5}{8}$
Frühjahr	20

Getreide- und Geldmarkt.

Thorn, den 6. Februar. Russische oder polnische Banknoten $85\frac{1}{8}$—$85\frac{3}{8}$, gleich $117\frac{1}{2}$—$117\frac{1}{6}$%.

Thorn, den 6. Februar.

Weizen 118—123pfd. holl. 90—94 Thlr., 124/26/128pfd. holl. 96—100 Thlr., 129/30/31pfd. 102—106 Thlr. per 2125 Pfd.; feinste Qualität 2 Thlr. über Notiz.

Roggen 112—117pfd. holl. 64—68 Thlr., 118—123 pfd. 69—72 Thlr. per 2000 Pfd., schwerere Qualität 1 Thlr. höher.

Erbsen, Futterwaare 58—60 Thlr., gute Kocherbsen 62—66 Thlr. per 2250 Pfd.

Gerste, Hafer ohne Zufuhr.

Danzig, den 5. Februar. Bahnpreise.
Weizen bunt, hellbunt, hochbunt und feinglasig 115—132 Pfd. von 95—135 Sgr. pr. 85 Pfd.
Roggen 112—121 Pfd. von 91 — 95½ Sgr. pr. 81⅚ Pfd.
Gerste, kleine 103—108 Pfd. von 63—67 Sgr. pr. 72 Pfd. Gerste, große 106—116 Pfd. von 64—68 Sgr. pr. 72 Pfd.
Erbsen 78—85 Sgr. pr. 90 Pfd.
Hafer 45—47 Sgr. pr. 50 Pfd.
Spiritus nichts gehandelt.

Stettin, den 5. Februar.
Weizen loco 90—103, Frühj. 100.
Roggen loco 76—79, Frühj. 78½, Mai-Juni 78¼.
Rüböl loco 10¼, Febr. 10¹⁄₁₂ Br., April-Mai 10¼.
Spiritus loco 19¾, Febr. 19⅝, Frühj. 20¹⁄₁₂.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 6. Februar. Temp. Wärme 2 Grad. Luftdruck 27 Zoll 10 Strich. Wasserstand 9 Fuß 3 Zoll.

Inserate.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck**. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**